

**Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales
und Gesundheit
am Donnerstag, dem 08.03.2012, in der Anlaufstelle des Jobcenters
Ahlen, Raiffeisenstr. 11, 59229 Ahlen**

**Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 11:50 Uhr**

		Seite
.	<u>I. Öffentlicher Teil</u>	
1.	Jobcenter Kreis Warendorf hier: Sachstandsbericht	200/2012 5
2.	Pflege- und Wohnberatung hier: 1. Kündigung der Vereinbarungen mit den Pflegekassen über die Errichtung von Pflege- stützpunkten nach § 92c SGB XI 2. Änderung der Vereinbarung mit dem Verein Alter und Soziales e.V. Ahlen	187/2012 8
3.	Änderung der Satzung über die Durchführung der Sozialhilfe nach dem SGB XII im Kreis Wa- rendorf	188/2012 9
4.	Aufgaben des Gesundheitsamtes insbesondere in den Nebenstellen	206/2012 10
5.	Bericht der Heimaufsicht	201/2012 11
6.	Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion zum Thema: Einführung eines Sozialtickets	148/2011 13
7.	Inanspruchnahme von Deckungsfähigkeiten	202/2012 14

. **II. Nichtöffentlicher Teil**

1. Förderung der Frauenberatungsstellen **180/2011** **15**

Anlagen

- Anlage 1 Bericht des Jobcenters
Anlage 2 Aufgaben des Gesundheitsamtes
Anlage 3 Organigramm des Gesundheitsamtes
Anlage 4 Bericht der Heimaufsicht für das Jahr 2011
Anlage 5 Förderung der Frauenberatungsstellen

Anwesend:

Vorsitz
Strübbe, Robert
Ausschussmitglieder
Birkhahn, Astrid
Diekhoff, Markus
Feichtinger, Jochen
Hein-Kötter, Dorothea
Hüttemann, Dorothe
Lindstedt, Cornelia
Mors, Annette
Steiner, Hans-Rüdiger
Stöppel, Gregor
Strecker, Rita
Strohbücker, Josef
Twenhöven-Ruhmann, Annette
Vöcking, Knud
Wördemann, Christiane
stellv. Ausschussmitglieder
Bürsmeier-Nauert, Mechtild
von der Verwaltung
Boeckmann, Monika
Börger, Heinz Dr.
Hanewinkel, Martin
Klausmeier, Brigitte
Rehfeldt, Elke Dr.
Schabhüser, Helmut
Schulte-Sienbeck, Verena
Strickmann, Friedrich
Uhkötter, Richard

Es fehlten entschuldigt:**Ausschussmitglieder**

Leismann, Jendrik

Herr Strübbe eröffnet und 09.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit mit Einladung vom 24.02.2012 form- und fristgerecht einberufen wurde.

Er begrüßt Herrn Feichtinger als neues Mitglied des Ausschusses.

Herr Strübbe weist auf den Nachgang zur Einladung hin. Die SPD-Kreistagsfraktion beantragt, die Anfrage zum Thema "Einführung eines Sozialtickets" von der Tagesordnung abzusetzen.

I. Öffentlicher Teil**1. Jobcenter Kreis Warendorf
hier: Sachstandsbericht****200/2012**

Herr Hanewinkel berichtet, dass der Übergang in die Option insgesamt überwiegend reibungslos verlaufen sei. 16.000 Datensätze seien von den Kolleginnen und Kollegen händisch erfasst worden. Er bestätigt, dass in Einzelfällen Zahlungen leicht verspätet erfolgt seien. Die aufgetretenen Probleme seien jedoch inzwischen gelöst worden.

In der Übergangszeit habe es Personalvakanz gegeben, inzwischen seien die Stellen weitestgehend besetzt. Der Befristungsanteil des Personals sei auf 13% reduziert worden.

Herr Dr. Börger ergänzt hinsichtlich der vakanten Stellen, dass der Markt an qualifizierten Mitarbeitern des gehobenen Dienstes für Leistungssachbearbeiter inzwischen leer sei. Aus diesem Grunde seien bereits 35 Juristen eingestellt worden.

Seit dem 01.02.2012 habe das Jobcenter flächendeckend ein Terminierungskonzept eingeführt, welches fundierte Beratungsgespräche nur nach Terminvergabe vorsehe. Darüber hinaus gebe es Öffnungszeiten, zu denen Leistungsberechtigte etwas abgeben oder Termine vereinbaren könnten. Wartezeiten wurden damit verringert, eine ungestörte Beratung ist nunmehr möglich. Herr Vöcking berichtet über einen Fall aus Ennigerloh, welcher im Jobcenter etwas abgeben wollte und zurückgewiesen wurde mit dem Hinweis, er habe einen Termin zu vereinbaren. Herr Hanewinkel bedauert den Vorfall und räumt ein, dass die Umsetzung des Terminierungskonzeptes in Einzelfällen noch optimiert werden müsse. Dieses werde aber laufend thematisiert.

Herr Hanewinkel erläutert

- die Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften im Kreis Warendorf seit 2009
- die Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften, der Personen und erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in den letzten 12 Monaten
- das Ranking der Bedarfsgemeinschaften nach Städten und Gemeinden mit den meisten Bedarfsgemeinschaften
- die Zielwerte 2011
- die Zielerreichung 2011 für die Bereiche
 - Passive Leistungen Bund
 - Integrationen
 - durchschnittlicher Bestand der Kunden im Kundenkontakt mit Dauer über 24 Monate
 - Leistungen für Unterkunft.
- die Ziele 2012

Anschließend berichtet Herr Hanewinkel zur

- Arbeitslosigkeit ausgewählter Personengruppen,
- insbesondere zur Arbeit für Alleinerziehende/ was macht das Jobcenter bereits bzw. was kann noch getan werden.

Frau Boeckmann weist auf die Internetseite "Alleinerziehende" des Jobcenters hin.

Die Präsentation zu den vorg. Punkten ist als Anlage 1 der Niederschrift beigelegt.

Hinsichtlich der Ziele 2012 erklärt Herr Hanewinkel, dass hier noch eine Vereinbarung zwischen dem Landrat und dem Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales, zu schließen sei.

Zu den Langzeitarbeitslosen ergänzt Herr Hanewinkel, dass es sich hier oft um ungelernete Personen ohne Ausbildung handele, aber auch um solche, die persönliche Rückschläge erlitten oder Sucht- bzw. psychische Probleme hätten.

Frau Boeckmann weist darauf hin, dass es immer eine Personengruppe geben werde, die niemals eine Ausbildung oder einen Arbeitsplatz erhalte. Für diese Personen wären gut bezahlte Hilfstätigkeiten erforderlich, die jedoch am Arbeitsmarkt kaum vorhanden seien.

Frau Bürsmeier-Nauert erkundigt sich nach dem Prozentsatz der nichtausbildungsfähigen Jugendlichen im Kreis Warendorf.

Herr Dr. Börger erklärt, dass der Kreis Warendorf zu denen mit dem geringsten Satz an Jugendlichen ohne Schulabschluss gehöre. Es handele sich um lediglich 3 bis 4 %.

Der Kreis Warendorf beteilige sich der Landesinitiative ILJA –Integration von lernbehinderten Jugendlichen in Ausbildung und Arbeit–. Diese gewinne Paten, um die Jugendlichen bei der Ausbildungsplatz- oder Arbeitsuche zu unterstützen.

Frau Mors betont die Wichtigkeit der Arbeit für Alleinerziehende. Es sei zu begrüßen, dass dieses Thema jetzt breit angegangen werde. Sie verweist hier auch auf die Arbeit des Vereins zur Förderung der Frauenerwerbstätigkeit im Kreis WAF e.V.

Herr Hanewinkel weist darauf hin, dass für diese Personengruppe seit Jahren besonders gefördert werde. In 2007/2008 hätte ein entsprechendes Projekt stattgefunden, das von zwei Mitarbeiterinnen durchgeführt wurde.

Frau Boeckmann erläutert, dass es Alleinerziehende gebe, die gut qualifiziert seien, ein großer Teil habe einen Hauptschul- oder Realschulabschluss. Es gebe aber auch ungelernete Alleinerziehende, Grund könne u.a. die frühe Geburt eines Kindes sein. Es bestehe die Möglichkeit, das Nachholen eines Schulabschlusses zu fördern.

Herr Hanewinkel erklärt, dass berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen und Qualifikationen für Jugendliche Vorrang hätten vor der Aufnahme einer Arbeit. Das Jobcenter halte entsprechende Angebote vor.

Frau Birkhahn kritisiert die Vergabekriterien für Eingliederungsmaßnahmen. Es soll-

ten nicht immer die günstigsten Angebote berücksichtigt werden, sondern auch die Güte des Konzepts und der Ertrag mit in die Entscheidung einfließen.

Herr Dr. Börger stellt richtig, dass nicht das günstigste Angebot den Zuschlag erhalten, sondern das wirtschaftlichste.

Herr Hanewinkel weist auf die Instrumentenreform ab April 2012 hin. Diese sehe die Ausgabe von Aktivierungsgutscheinen mit freier Wahl des Trägers vor.

Herr Strübbe dankt Frau Boeckmann und Herrn Hanewinkel für ihre Ausführungen.

2.	Pflege- und Wohnberatung hier: 1. Kündigung der Vereinbarungen mit den Pflegekassen über die Errichtung von Pflegestützpunkten nach § 92c SGB XI 2. Änderung der Vereinbarung mit dem Verein Alter und Soziales e.V. Ahlen	187/2012
----	---	-----------------

Frau Schulte-Sienbeck erläutert die Ausgangslage, die zu den Vereinbarungen mit den Pflegekassen über die Errichtung von Pflegestützpunkten geführt hat. Weiterhin berichtet sie die über Probleme hinsichtlich des gegenseitigen Personalaustausches. Diese seien ausschlaggebend zur vorgeschlagenen Kündigung der Vereinbarungen (sh. Vorlage).

Frau Klausmeier berichtet über die geplante Neuorganisation der Pflege- und Wohnberatung.

Herr Dr. Börger ergänzt, dass die Zusammenarbeit des Pflegestützpunktes mit den örtlichen Strukturen in Ahlen vorbildlich gewesen sei.

In Beckum habe Zusammenarbeit nicht stattgefunden. Die Potentiale sollen zukünftig besser genutzt und insbesondere die Zusammenarbeit mit Herrn Steinhoff, Seniorenberater der Stadt Beckum, und der Arbeitsgemeinschaft Beckum Altenpolitik verbessert werden.

Ebenso soll in den übrigen Städten und Gemeinden verstärkt Netzwerkarbeit betrieben werden.

Herr Strübbe lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen:

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

3.	Änderung der Satzung über die Durchführung der Sozialhilfe nach dem SGB XII im Kreis Warendorf	188/2012
-----------	---	-----------------

Frau Klausmeier fasst die Ausgangssituation zusammen, aufgrund derer die Änderung der Satzung über die Durchführung der Sozialhilfe nach dem SGB XII im Kreis Warendorf erfolgen soll (sh. Vorlage).

Herr Strübbe lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen:

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

4.	Aufgaben des Gesundheitsamtes insbesondere in den Ne- benstellen	206/2012
-----------	---	-----------------

Frau Dr. Rehfeldt erläutert anhand einer Präsentation (Anlage 2) die Aufgaben des Gesundheitsamtes.

Frau Lindstedt bittet um ein Organigramm des Gesundheitsamtes. Frau Dr. Rehfeldt sagt zu, dieses dem Protokoll beizufügen (Anlage 3).

5. Bericht der Heimaufsicht**201/2012**

Herr Strickmann berichtet über die Tätigkeit der Heimaufsicht in 2011 (sh. Anlage 4).

Auf Nachfrage zu den 26 eingegangenen Beschwerden teilt Herr Strickmann mit, dass diese zu zeitnahen Überprüfungen geführt haben und sich die Beschwerdegründe nur zum Teil als gerechtfertigt herausgestellt haben.

Herr Feichtinger zeigt sich besorgt über die im Tätigkeitsbericht für die Jahre 2009 – 2010 (ab S. 7) genannten Prüfergebnisse der Heimaufsicht.

Frau Klausmeier weist darauf hin, dass in diesen beiden Jahren die Prüfergebnisse zum Belegungsstopp in drei Heimen geführt hätten.

Herr Strickmann bestätigt, dass bei den Prüfungen in 2011 deutlich weniger Pflege­mängel festgestellt wurden. Er weist zudem darauf hin, dass es sich bei den im Tä­tigkeitsbericht festgestellten Mängeln um exemplarisch dargestellte Einzelfälle han­dele.

Herr Strickmann erläutert, dass bei den Heimbegehungen Stellenpläne und Dienst­pläne vorgelegt und geprüft werden. Bei Hinweisen auf fehlendes Personal könne dieses durch einen Abgleich des Dienstplanes mit dem anwesenden Personal über­prüft werden.

Frau Birkhahn hält es für sinnvoll im Tätigkeitsbericht aufzuführen, auf wie viele Ein­richtungen sich die Beschwerden verteilen sowie die Anzahl der jeweiligen Be­schwerden.

Frau Mors erkundigt sich nach der Dauer der verhängten Belegungsstopps.

Herr Strickmann erklärt, dass die Dauer der Belegungsstopps von der Schwere der festgestellten Defizite abhängig gewesen sei. Bei einer Einrichtung betrug dieser zwei Monate, bei den beiden übrigen ein Monat. Für diesen Zeitraum durften keine neuen Bewohner aufgenommen werden.

Herr Dr. Börger weist darauf hin, durch die Einstellung einer Pflegefachkraft eine Stärkung der Heimaufsicht erfolgt sei. Die Arbeit und das Fachwissen von Herrn Strickmann werde auch von den Einrichtungen positiv aufgenommen und geschätzt. Hinsichtlich der Entwicklung bei den alternativen Wohnformen sei es oft schwierig zu beurteilen, ob diese unter das Wohn- und Teilhabegesetz NRW (WTG) fallen.

Herr Diekhoff hält eine personelle Aufstockung der Heimaufsicht für erforderlich, falls alle Wohngemeinschaften unter das WTG fallen sollten.

Er begrüßt es, dass es aufgrund der hohen Anzahl errichteter Einrichtungen bei Su­che nach einem Heimplatz Auswahlmöglichkeiten gebe.

Herr Stöppel und Frau Mors regen an, die personelle Ausstattung der Heimaufsicht zu überprüfen. Bei einer personellen Aufstockung könne die Intensität der Prüfungen verstärkt werden. Aufgrund der demografischen Entwicklung werde sich die Situation in den Einrichtungen verschärfen.

Frau Mors erkundigt sich nach den Aufgaben der vierteljährlichen Treffen der regionalen Arbeitsgemeinschaft der Heimaufsicht sowie nach dem Ranking der Heime.

Herr Strickmann erläutert, dass es sich bei den Treffen um einen Gedankenaustausch zur Aufgabenwahrnehmung der Heimaufsicht handele.
Ein Ranking der Heime gebe es nicht.

Herr Strübbe dankt Herrn Strickmann für seinen Bericht.

6.	Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion zum Thema: Einführung eines Sozialtickets	148/2011
-----------	--	-----------------

Die SPD-Kreistagsfraktion beantragt, die Anfrage zum Thema "Einführung eines Sozialtickets" von der Tagesordnung abzusetzen. Der Tagesordnungspunkt ist daher entfallen.

7. Inanspruchnahme von Deckungsfähigkeiten	202/2012
---	-----------------

Herr Dr. Börger verweist auf die Sitzungsvorlage.

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit verzichtet auf eine weitergehende Erläuterung der Inanspruchnahme von Deckungsfähigkeiten im Rahmen der Mittelbewirtschaftung seitens der Verwaltung.

Herr Strübbe schließt die Sitzung um 11.50 Uhr.

Robert Strübbe
Vorsitzender

Dr. Heinz Börger
Schriftführer